

Die Gemeinde Pörnbach erläßt auf Grund §§ 9, 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23.6.1960 (BGB1. I S. 341), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) i.d.F. vom 5.12.1973 (GVB1. S. 599) zuletzt geändert durch Gesetz vom 8.10.1974 (GVB1. S. 502), Art. 107 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) i.d.F. der Bek. vom 1.10.1974 (GVB1. S. 513), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) i.d.F. der Bek. vom 26.11.1968 BGB1. I S. 1237, ber. 1969 S. 11) und der Verordnung über die Festsetzungen im Bebauungsplan vom 22.6.1961 (GVBl. S. 161) den vom Ing.-Büro K. Wipfler gefertigten Bebauungsplan "Hoheberg" der Gemeinde Pörnbach vom 18.12.1975, geändert 1.6.1976 als Satzung.

Der Bebauungsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses. Die Satzung tritt mit Ihrer Bekanntmachung nach § 12 des Bundesbaugesetzes in Kraft.

A) Festsetzungen

1. Das Bauland ist als allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO) festgesetzt. 2. Im allgemeinen Wohngebiet sind zulässig:

- 1 Vollgeschoß zwingend, Satteldach, Dachneigung 24°-28°, max. Umfassungswandhöhe 3,50 m, zul. Sockelhöhe 0,50 m.
- 0.3 Grundflächenzahl 0.3 Geschoßflächenzahl
- 1 Vollgeschoß zwingend, mit teilweise ausgehautem Kellergeschoß (Hanghaus), Satteldach, Dachneigung 24°- 28°, max. Umfassungswandhöhe 3,50 m bzw. 6,20 m. Die Gebäudelange muß gegenüber der Gebäudebreite, einschl. des mögl. Garagenanbaues, überwiegen.
- 0.3 Grundflächenzahl 0.6 Geschoßflächenzahl
- 2 Vollgeschoße als Höchstgrenze, Satteldach, Dachneigung 24°- 28°, max. Umfassungswandhöhe 6,20 m, zulässige Sockelhöhe 0,50 m.
- 0.3 Grundflächenzahl
- 0.6 Geschoßflächenzahl

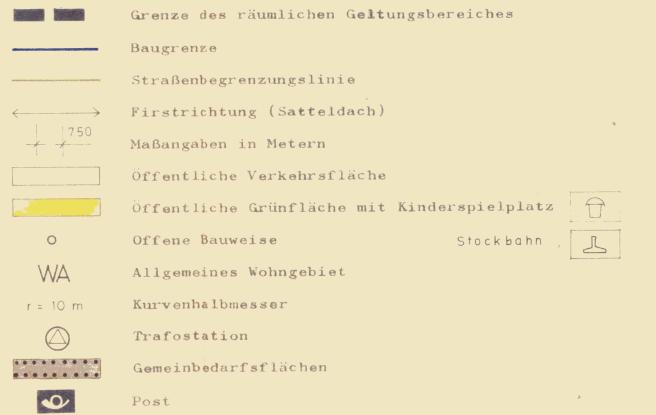
Die Mindestgröße der Baugrundstücke ist auf 600 qm festgesetzt. Bei Bedarf können im Dachraum zusätzliche Wohnräume im Rahmen des zulässigen Maßes nach § 13 Abs. 1 DVBayBO geschaffen werden. Abgeschlosseme Wohnungen im Dachraum sind nicht zulässig. Dachgaupen, und die Ausbildung von Kniestöcken sind nicht zulässig.

Als Umfassungswandhöhe gilt das Maß von der natürlichen (oder von der Kreisverwaltungsbehörde festgesetzten) Geländeoberkante bis zum Einschnitt von Außenkante Umfassungsmauer in der Unterkante an der Traufenseite. Als Sockelhöhe gilt das Maß von der natürlichen (oder von der Kreisverwaltungsbehörde festgesetzten) Geländeoberkante bis OK fertigen Fußboden des Erdgeschoßes.

Hinsichtlich der Ausbildung der Geschoße ist der Geländeschnitt zum Bebauungsplan in der Fassung vom 8.12.1976 zu beächten. Holimplan invitalt wegen nach haylisher Andring des Bangelandes

- 4. Als Einfriedung an der Straßenseite sind nur Holzzäune mit senkrechten Latten zulässig, die eine Höhe von 1,00 m (Sockel u. Zaun) nicht überschreiten dürfen. Als Zwischenzäune sind Maschendrahtzäune von max. 1,20 m Höhe zulässig. Maschendrahtzäune dürfen nicht in grellen Farben errichtet werden.
- Garagen sind nur für den durch die zulässige Nutzung verursachten Bedarf zulässig. Garagen müssen mit ihren Einfahrtstoren mind. 5.00 m hinter der Straßenbegrenzungslinie liegen. Garagenvorplätze (Stauraum mit mind. 5.00 m Tiefe) dürfen nicht eingefriedet werden.
- Wenn die für Garagen bestimmten Flächen unmittelbar an eine geplante oder vorhandene Grundstücksgrenze anschließen, müssen die Garagen an die Grenze gebaut werden. Doppelgaragen müssen an der Grenze zusammengebaut werden.
- Flachdach, Traufhöhe >. Anderung Die Ausbildung der Garagen ist mit bis 2,75 m zulässig. Bei Bungalows und Hanghäusern können die Garagen in Verbindung mit dem Dach des Hauptgebäudes (Dachneigung 24 - 28) Sm Heldack ausgeführt werden. Dabei ist jedoch ein Grenzausbau nicht zulässig; ein Grenzabstand von 3.00 m ist einzuhalten

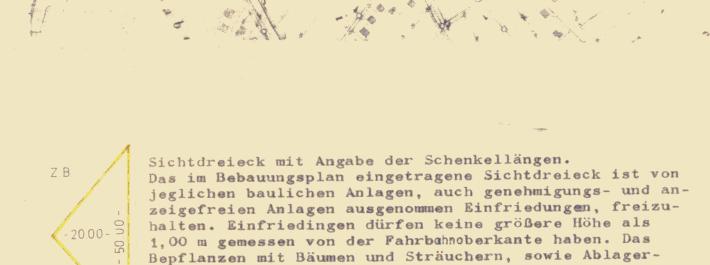
Zeichenerklärung



Feuerwehr

Verrohrter Giesbach, eine Überbauung des im Goplanter Kanal Bereich des Baugebietes verrohrten Giesbaches darf nicht erfolgen. Parkplatz

Garagen



von der Fahrbahnoberkante zulässig.

Stellung der baulichen Anlagen

ungen sind nur bis zu einer Höhe von 1,00 m gemessen

B) Hinweise:

Bestehende Grundstücksgrenzen ---- Geplante Grundstücksgrenzen Entfallende Grundstücksgrenzen 1026 Flurstücksnummern Vorhandene Wohngebäude Vorhandene Nebengebäude

Höhenschichtlinien

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG vom . 25. Dez. 1976 bis . 24. Januar 1977 in der Geneindekanzlei Pörnbach öffentlich ausgelegt Pörnbach, den

1. Bürgermeister

UBERSICHTSLAGEPLAN

Die Gemeinde Pörnbach hat mit Beschluß des Gemeinderates vom \$ 10 BBauG als Satzung beschlossen. Pörnbach, den

Das Landratsamt Pfaffenhofen a.d. Ilm hat den Bebauungsplan mit Verfügung vom Nr. Nr. § 11BBauG i.V.mit § 2 Nr. 2 der Verordnung über die Übertragung von Aufgaben der Regierung nach dem BBauG auf die Kreisverwaltungsbehörden vom 23.10.1963 (GVB1. S. 327) i.d.F. der VO vom 4.12.1973 (GVB1. S. 6507 genehmigt.

Pfaffenhofen a.d.Ilm, den.....

Hear

e Bebauungsplan wurde mit Begründung vom.... 28. Mirz 1977 bis in der Gemeindekanzlei Pörnbach gem. § 12 Satz 1 BBauG öffentlich ausgelegt. Die Genehmigung und die Auslegung 24. Feb. 1977 ortsüblich durch Anschlag..... bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit nach § 12 Satz 3 BBauG rechtsverbindlich.

Der Entwurfsverfasser: Pfaffenhomen a.d.Ilm, den 18.12.1975

geändert: 1. 6.1976 Vereinf. Rud. v. 70.8.82 BDB PFAFFENHOFEN/ILM

Ing. Honenwater Str. 144 Tel. 08441/880

Die Gemminde: Pörnbach, den

1. Bürgermeister